

Drei Fragen an Jean-Pierre Lacroix

Warum gab es in den letzten Jahren weniger Friedensmissionen der Vereinten Nationen, obwohl die Konflikte weltweit zunehmen?

Die Entscheidungen über die Entsendung von Friedensmissionen der Vereinten Nationen werden von den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats getroffen. Diese Beschlüsse beruhen auf einem gemeinsamen politischen Willen, der angesichts der aktuellen Spannungen nicht immer vorhanden ist. Dennoch unterstützen die Mitgliedstaaten die Erneuerung der Mandate und die Friedenssicherung als eine der wichtigsten Aktivitäten der Vereinten Nationen, um das Wiederaufflammen von Konflikten zu verhindern und Zivilpersonen zu schützen. Wir führen diese schwierigen Aktivitäten mit einem starken Engagement von zivilem, polizeilichem und militärischem Personal der Vereinten Nationen durch.

Inwiefern können UN-Friedensmissionen ein wirksames Instrument zur Unterstützung politischer Lösungen in Konfliktländern sein?

Während viele Operationen ein Mandat zur direkten Unterstützung politischer Lösungen haben, erfüllen alle Missionen einen politischen Zweck: Sie schaffen den Raum, in dem Friedensprozesse vorangebracht werden können. Wir brauchen den Konsens aller beteiligten Parteien und die Unterstützung der Mitgliedstaaten, um erfolgreich zu sein. Partnerschaften mit den unterschiedlichsten Akteuren sind der Schlüssel dazu.

Wie werden die UN-Friedensmissionen der Zukunft aussehen?

Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen operieren in einem immer komplexeren Umfeld, da die Bedrohungen immer ausgefeilter werden, wie zum Beispiel improvisierte Sprengsätze (IEDs), Falsch- und Desinformation sowie die Klimakrise. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, unternehmen wir Anpassungen. So haben wir beispielsweise die Strategie für die digitale Transformation der UN-Friedenssicherung ins Leben gerufen, um das Potenzial dieser Technologien stärker zu nutzen und Risiken zu mindern.



Jean-Pierre Lacroix
ist Leiter der Hauptabteilung Friedensmissionen der Vereinten Nationen (Department of Peace Operations – DPO) in New York seit dem Jahr 2017.

UN PHOTO: CIA PAK

Soldaten und 1440 Polizeikräfte begrenzt war, erhielt von Beginn an ein robustes Mandat. Unter Bezug auf Kapitel VII der UN-Charta wurde sie autorisiert, alle erforderlichen Mittel, also auch militärischen Zwang, zur Durchsetzung ihres Auftrags anzuwenden. Ausdrücklich davon ausgenommen wurde die Aufstandsbekämpfung.⁴

Die MINUSMA wurde angesichts dieser Zielsetzung von Beginn an Ziel dschihadistischer Gewalt. Bis Ende des Jahres 2021 fielen infolge von Angriffen über 260 Angehörige der Mission.⁵ Zwar konnte im Jahr 2015 ein Friedensvertrag für einen Teil der im Norden aktiven Gruppen geschlossen werden, da dieser aber nicht die Dschihadisten umfasst, bleibt die Lage gespannt; nach fast zehn Jahren scheint sie schlechter als je zuvor. Insbesondere im Zentrum Malis hat die Gewalt gegen Zivilpersonen zugenommen. Darüber hinaus destabilisieren Dschihadisten mittlerweile auch Teile Nigers und Burkina Fasos. Die MINUSMA, die nach dem Jahr 2015 vorrangig zur Umsetzung des Friedensvertrags dienen sollte,⁶ kann dem nur wenig entgegenzusetzen. In Teilen fehlen der Mission die Fähigkeiten, um ihr Mandat effizient auszuführen. Alle UN-Mitgliedstaaten müssen sich daher fragen, ob sie bereit sind, der MINUSMA die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um in einem asymmetrischen Konflikt langfristig zu bestehen. Letzteres gilt auch für Deutschland.

Motive des deutschen MINUSMA-Engagements

Der Beginn des deutschen Mali-Engagements war wesentlich von europapolitischen Interessen geprägt. In erster Linie fühlte sich die Bundesregierung im Jahr 2013 verpflichtet, die vor Ort kämpfenden französischen Kräfte zu unterstützen.⁷ Zunächst begnügte sie sich aber mittels Transport- und Tankflugzeugen der Luftwaffe auf die Bereitstellung logistischer Hilfe für die französische Operation ›Serval‹ beziehungsweise für die AFISMA. Die Entsendung von Kampftruppen hatte die Bundesregierung frühzeitig abgelehnt.⁸ Stattdessen beteiligte sich Deutschland an der von Frankreich initiierten Ausbildungsmission der Europäischen Union in Mali (EUTM Mali) für die malischen Streitkräfte. Nach dem uneinheitlichen Vorgehen im Libyen-Konflikt im Jahr 2011 erhoffte sich die Bundesregierung durch die Beteiligung an der EU-Mission offenbar die Demonstration europäischer Handlungsfähigkeit.

Insgesamt folgte die Bundesregierung damals bekannten Mustern. Im Jahr 2013 war nicht absehbar, dass Mali einmal zum größten Auslandsengagement der Bundeswehr werden könnte. Zwar